Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 66 (1979)
Heft: 16

Rubrik: Aktuelle Kurzmeldungen der "schweizer schule"

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

naheliegend, dass er zur Besänftigung seiner Selbstzweifel lieber von seinen Erfolgserlebnissen erzählt? Das Fatale ist dann nur, dass die Kollegen dadurch in ihrer Arbeit unter Umständen noch mehr verunsichert werden und sich noch mehr verschliessen oder aber auf noch erfolgreichere Erfahrungen verweisen.

Ist ein Ausweg möglich?

Gibt es einen Ausweg aus der Vereinsamung im Lehrerberuf? Müssen wir resignieren mit dem Hinweis, dass es in der Natur der Sache liegt, dass der Volksschullehrer eben Kinder unterrichtet und dies aus organisatorischen Gründen nur in räumlich abgetrennten Klassenzimmern stattfinden kann? Im wesentlichen glaube ich schon, dass tatsächlich Sachzwänge eine fundamentale Veränderung verhindern. Allerdings bin ich durchaus auch der Meinung, dass verschiedene Ansätze wie gruppendynamische Veranstaltungen, Kooperationstrainings, Lehrerzimmerberatungen, Praxisberatungsgruppen mithelfen, die Vereinsamung zu verringern. So schreibt eine junge Lehrerin nach einem Praxisberatungskurs, in dem die Zusammenarbeit und Gesprächsfähigkeit eingeübt wurde: «Persönlich empfand ich die gegenseitige Offenheit und Ehrlichkeit, die ich in den Lehrerzimmern oft vermisse, als Ermutigung, und manchmal spürte ich anstelle der lähmenden Angst Erleichterung.»

Nicht selten werden den Lehrern neidvoll ihre langen Ferien vorgehalten. Vergessen wir dabei, dass die Pädagogen nicht nur dem in Mode gekommenen Kreuzfeuer gegen die Institution Schule ausgesetzt sind, sondern dass auch die strukturell bedingte Vereinzelung sehr stark belastend sein kann. Ich bin überzeugt, dass nicht wenige Lehrer noch so gerne bereit wären, einen Teil ihrer Ferien gegen eine Verringerung ihrer Isolation einzutauschen. Aber eben, leider ist nicht alles machbar!

Dr. Roland Käser, Schulpsychologe
in: Tages-Anzeiger vom 30. 11. 78

Aktuelle Kurzmeldungen der «schweizer schule»

CH: Mehrheit für Fünf-Tage-Woche in der Schule

Gemäss einer vom Meinungsforschungsinstitut Publitest durchgeführten repräsentativen Umfrage bei 1000 Erwachsenen in der Schweiz würden es 64 Prozent der Befragten mit schulpflichtigen Kindern, 56 Prozent der übrigen Erwachsenen und 58 Prozent aller Befragten begrüssen, wenn am Samstagvormittag in den Schulen nicht unterrichtet würde. Nur 22 Prozent der Eltern mit schulpflichtigen Kindern und gleich viele unter den übrigen Erwachsenen sprachen sich eindeutig gegen die Fünf-Tage-Woche in der Schule aus.

CH: Einstellung zum einheitlichen Schuljahrbeginn

Die meisten Schweizer befürworten einen einheitlichen Beginn des Schuljahres im ganzen Land, sind sich aber nicht einig, ob dieser auf den Frühling oder auf den Herbst festzulegen ist. Dies ist das Resultat einer Isopublic-Umfrage. 90 Prozent der Befragten sprachen sich für eine Koordination des Schuljahrbeginnes aus. In der Deutschschweiz war die Zustimmung mit 93 Prozent stärker als im Welschland, wo sich 81 Prozent der Befragten für eine Vereinheitlichung aussprachen. 90 Prozent erklärten auch, sie würden in der Übergangszeit ein halbes Jahr mehr Schule in Kauf nehmen.

Eine Mehrheit von 55 Prozent trat in der Umfrage für den Frühjahrsanfang ein, 35 Prozent forderten den Herbstbeginn, und zehn Prozent konnten sich nicht entscheiden. In jenen Kantonen, die im Frühling das Schuljahr beginnen, sprachen sich 69 Prozent der Befragten für eine Beibehaltung des bisherigen Zustandes aus. 20 Prozent wären zu einer Umstellung bereit.

CH: Berufsbildungsgesetz nicht auf Anfang 1980?

Am 15. Juli ist die Vernehmlassungsfrist für die Verordnung zum Berufsbildungsgesetz abgelaufen. Wie im Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (Biga) zu erfahren war, gehen die Meinungen zum Entwurf zum Teil weit auseinander. Umstritten sind u. a. der Ausbau des beruflichen Unterrichts und die Anlehre. In mehreren

Stellungnahmen wird eine Konkretisierung einzelner Punkte verlangt. Möglicherweise wird das weitere Verfahren mehr Zeit als vorgesehen beanspruchen, so dass die Inkraftsetzung von Verordnung und Gesetz nicht mehr wie ursprünglich geplant auf Anfang 1980 erfolgen kann. Sollte dies der Fall sein, wird man sich nach Auskunft des Bigas überlegen müssen, ob die Vorlage nicht erst auf Anfang 1981 in Kraft gesetzt werden soll, weil ein Inkrafttreten mitten im Jahr mit gewissen Schwierigkeiten verbunden wäre.

CH: Parlamentarier für Beiträge der Nichthochschulkantone

An den schweizerischen Hochschulen könnte in den kommenden Jahren eine «weitere allmähliche Verschlechterung der Studienverhältnisse» eintreten. Zu diesem Schluss kamen die Kommissionen von National- und Ständerat für Wissenschaft und Forschung, die sich an einer gemeinsamen Sitzung in Disentis mit dem Thema der drohenden Zulassungsbeschränkungen befassten. Sie vertraten die Meinung, eine angemessene Beitragsleistung der Nichthochschulkantone sei zur Verminderung von Zulassungsbeschränkungen unerlässlich. Auch der Bund werde aber seine partnerschaftliche Hilfe aufgrund des Hochschulförderungsgesetzes fortsetzen müssen. Einen Numerus clausus lehnen die Kommissionen vor allem in Anbetracht der besonderen Verhältnisse unseres föderalistischen Landes und in Berücksichtigung der Verantwortung gegenüber den geburtsstarken Jahrgängen, die in der nächsten Zeit die Hochschulreife erreichen, ab.
An der von Nationalrat Gion Condrau (CVP, ZH) geleiteten Tagung war nach einem Einführungsreferat von Bundespräsident Hans Hürlimann zunächst in einer Reihe von Vorträgen die Problematik aus der Sicht je eines Kantons mit und ohne Hochschule, der Hochschul- und der Mittelschulrektoren, der Studenten und der gesamtschweizerischen hochschulpolitischen Organe (Schweizerische Wissenschaftsrat und Hochschulkonferenz) beleuchtet worden.

CH: Expansive Hochschulausgaben

In den letzten siebzehn Jahren verzeichneten die Hochschulausgaben der öffentlichen Hand eine äusserst expansive Entwicklung, nahmen sie doch von 162 Mio. (1960) auf 1603 Mio. Franken im Jahr 1977 zu, was einer Verzehnfachung entspricht. Auch innerhalb des staatlichen Aufgabenbereichs «Unterricht und Forschung» konnten die Hochschulausgaben ihre Stellung verstärken. Gingen 1960 noch etwas weniger als 14 Prozent dieser Ausgabengruppe auf das Konto der Universitäten, waren es 1977 bereits knapp 20 Prozent. Im selben Zeitraum ist auch der Anteil der Hochschulausgaben an den Gesamtausgaben von Bund, Kantonen und Gemeinden von 2,5 auf knapp 4 Prozent gestiegen.

CH: Anerkennung von Maturitätsschulen

Auf Antrag der Eidgenössischen Maturitätskommission hat das Eidgenössische Departement des Innern die von den nachstehend genannten Schulen ausgestellten Maturitätsausweise eidgenössisch anerkannt:
Kanton Schwyz: Kantonsschule Kollegium (Typus E) in Schwyz, Gymnasium Bethlehem (Typus E) in Immensee; Kanton Obwalden: Kantonsschule Obwalden (Typus E) in Sarnen; Kanton Freiburg: Gymnase du Sud (Typen A, B, C und E) in Bulle; Kanton Graubünden: Lyceum Alpinum (Typus D) in Zuoz, Hochalpines Töchterinstitut (Typus B) in Fetan; Kanton Tessin: Liceo cantonale (Typus E) in Lugano; Kanton Neuenburg: Ecole supérieure de commerce (Typus E) in La Chaux-de-Fonds.

CH: Unterschiedliches Wachstum der Studentenzahlen

Die Studentenzahlen der schweizerischen Hochschulen steigen langsam, aber kontinuierlich weiter an. Im Wintersemester 1978/79 wurden über 56 600 Immatrikulierte registriert, drei Prozent mehr als im Vorjahr. Der Ausländeranteil ist mit 18,5 Prozent etwa gleich geblieben. Überdurchschnittlich am Wachstum beteiligt sind nach wie vor die Studentinnen, deren Anteil nun die 30-Prozent-Schwelle erreicht hat. Der Prozentsatz studierender Frauen liegt damit allerdings noch immer unter demjenigen vergleichbarer Länder. Wie das Bundesamt für Statistik weiter mitteilt, zeigt ein Blick auf die Herkunftskantone der Studenten, dass die Entwicklung seit 1974/75 recht uneinheitlich verlaufen ist. Verschiedene Kantone mit schwachem Anteil der Studenten an der Bevölkerung haben ihren Rückstand mit überdurchschnittlichen Zuwachsraten teilweise wettgemacht. Insbesondere gilt dies für die Kantone der Urschweiz sowie für Zug, Freiburg, Graubünden und Aargau mit Zunahmen zwischen 23 und 41 Prozent (gesamtschweizerisches Mittel: 16 Prozent). Auch in den Kantonen Baselland und Tessin sind die Hochschüler deutlich zahlreicher geworden, während Bern, Glarus, Schaffhausen, St. Gallen und das Wallis nur wenig mehr Studenten zählen als vor vier Jahren.

CH: VSS fordert «bildungspolitische Reformen»

Der Delegiertenrat des Verbandes der Schweizerischen Studentenschaften (VSS) hat im Hinblick auf die National- und Ständeratswahlen eine «Erklärung zur aktuellen bildungs- und hochschulpolitischen Situation in der Schweiz» verabschiedet. Darin stellte der VSS als Bilanz der letzten

vier Jahre fest, dass alle angekündigten bildungs- und hochschulpolitischen Reformen weitgehend gescheitert seien. Der Verband fordert Parteien und Kandidaten auf, ihre Verantwortung für die nachfolgenden Generationen wahrzunehmen und den «Mut für nötige bildungspolitische Reformen» aufzubringen.

ZH: Kein Zugang zur Universität mit Primarlehrerpatent?

Die Inhaber von Primarlehrerpatenten müssen damit rechnen, dass ihre Ausweise nach dem Sommersemester 1980 nicht mehr für die Immatrikulation an der Universität Zürich anerkannt werden. In einem Brief an den Kanton Aargau hat die Erziehungsdirektion des Kantons Zürich darauf hingewiesen, dass nach diesem Zeitpunkt neue Bestimmungen für die Zulassung von Primarlehrern gelten werden. Die inhaltlichen Details sowie der genaue Termin des Inkrafttretens stünden noch nicht fest, heisst es in dem Schreiben, wie die Berufs- und Studienverwaltung des Kantons Aargau am Freitag mitteilte. Auf Anfrage erklärte die Erziehungsdirektion des Kantons Zürich, von den Neuerungen würden auch Lehrer aus anderen Kantonen betroffen, doch habe man dem Aargau geschrieben, weil von dort besonders zahlreiche Anfragen eingingen.

ZH: Drei Prozent mehr Universitätsstudenten

An der Universität Zürich waren in diesem Sommersemester 13 144 Studenten eingeschrieben. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einer Zunahme von etwas mehr als drei Prozent. Praktisch unverändert ist die Zahl der Studienanfänger geblieben. Da nur etwa jedes achte Studium im Frühling aufgenommen wird, sind die jeweils im Wintersemester zu verzeichnenden Trends allerdings repräsentativer. Der deutlich stärkere Zuwachs im letzten Herbst (5,3 Prozent gegenüber dem Wintersemester 1977/78) könnte sich also auch in diesem Jahr fortsetzen.

Die Unsicherheit der Entwicklung in den einzelnen Bereichen und Kategorien ist noch grösser und schafft der Planung entsprechende Probleme. Die internen Verschiebungen scheinen sich jedoch weiterhin in den gleichen Richtungen zu vollziehen: Die Studenten der Philosophischen Fakultät I machen bald 40 Prozent der Gesamtzahl aus, wobei sich die relativ kleine Fachrichtung Ethnologie/Volkskunde einem besonders starken Zustrom ausgesetzt sieht. Anteilmässig dehnt sich bei den Naturwissenschaften die Biologie in signifikanter Weise aus, während beispielsweise die Zoologie auch absolut weiterhin rückläufig ist. Der Anteil der weiblichen Studenten nimmt ganz allmählich zu. Nicht fortzusetzen scheint sich dagegen der leichte Rückgang der Ausländerquote.

BE: Im Kampf gegen Numerus clausus

Zusätzliche Kredite von 4,9 Millionen Franken will die kantonalbernische Regierung der Universität Bern im kommenden Jahr für neue Stellen gewähren, um Zulassungsbeschränkungen zu vermeiden. Trotzdem dürften vorübergehende Engpässe in einzelnen Fachgebieten auftreten und Umleitungsaktionen an andere Hochschulen und vielleicht sogar zeitlich begrenzte Zulassungsbeschränkungen bedingen, meint die Berner Regierung nach einer Mitteilung des Amtes für Information und Dokumentation vom Mittwoch. Die Universität wurde beauftragt, ihre Personalplanung rollend weiterzuführen und Unterlagen für die in den folgenden Jahren zu beantragenden zusätzlichen Mittel zu erarbeiten. Der Berner Regierungsrat hält aber fest, dass die neuen Kredite als Vorausleistung des Kantons Bern zu betrachten seien. Zukünftige Beiträge der Nichthochschulkantone sollen nicht zu einer entsprechenden Ausgabenerhöhung an der Uni Bern führen. Das zusätzliche Geld untersteht noch der Budgetgenehmigung durch das Kantonsparlament. Nach den Prognosen sollen die Studentenzahlen bis in die Mitte des nächsten Jahrzehnts weiter anwachsen und dann eventuell langsam abflachen. Für diese Zeit müssen Personalbestand und Infrastruktur der Uni Bern angepasst werden, soll der Numerus clausus verhindert werden.

BE: Ausbau der Berner Schulwarte

Die Berner Schulwarte als Informations- und Dokumentationszentrum für Lehrer, Schüler und Behörden soll ausgebaut werden. Die Berner Regierung beantragt dem Grossen Rat einen Kredit von 5,7 Millionen Franken.

UR: Doppelbesetzung von Lehrerstellen

Der VPOD (Verband des Personals öffentlicher Dienste) Uri begrüsse es, dass der Erziehungsrat mit der Herausgabe von Richtlinien zur Doppelbesetzung von Lehrerstellen einen wichtigen Schritt zur Bekämpfung der Lehrerarbeitslosigkeit im Kanton Uri unternommen habe, heisst es in einer Pressemitteilung. Kritik übt die Gewerkschaft, der hauptsächlich Lehrer angehören, hingegen an der Bestimmung, dass die Lehrer verpflichtet werden sollten, bei halbem Lohn ein Zweidrittelpensum zu erfüllen. Dies bedeute letztlich nichts anderes als einen Lohnabbau, rügt der VPOD Uri. Er fordert deshalb, dass bei Doppelbesetzung die Lektionenzahl auf die Hälfte eines Vollpensums beschränkt sein müsse. Und falls dies aus schulischen Gründen nicht möglich sei, solle die Arbeitslosenkasse die Bezahlung der zusätzlich geleisteten Stunden übernehmen.

ZG: Berufswahlklasse bejaht

Der Regierungsrat will die Einführung eines zehnten Schuljahres, eines Berufswahljahres, vorbereiten. Eine entsprechende Motion von Robert Lussi (früher CVP-Kantonsrat aus Zug) wurde mit 43 zu 16 Stimmen als erheblich erklärt. Fritz Weber (FDP, Oberägeri) hatte diesem Begehren opponiert, «weil kein Bedürfnis für eine solche Klasse besteht». Es werde so nur ein Entscheid der Eltern und Schüler hinausgeschoben.

BL: Basler Tagesschulen für behinderte Kinder

Nach dem Baselbieter Landrat hat auch der baselstädtische Grosse Rat einen Kredit von 8 Millionen Franken bewilligt, mit dem in Münchenstein Tagesschulen für motorisch und sehbehinderte Kinder erstellt werden sollen. An die Gesamtkosten von 23 Mio. Franken trägt die Eidgenossenschaft 7 Mio. Franken bei.

AG: Die letzten aus dem Wohler Seminar

Im Frühjahr 1970 haben die ersten Absolventen das Lehrerseminar Wohlen verlassen – vor wenigen Wochen verliessen die letzten 40 Seminaristen die Schule. Im Zuge der Revision der Aargauer Lehrerbildung ist das Wohler Seminar zur «Kantonsschule Wohlen» umgestaltet worden, das «Lehrerseminar» gehört der Vergangenheit an. Insgesamt sind in Wohlen in den letzten neun Jahren 305 Schulmeister ausgebildet worden.
«Rückblickend lässt sich sagen, dass die Lehrerausbildung in Wohlen von Anfang an unter einem guten Stern stand», freut sich der heutige Wohler Kantonsschulrektor Josef Grolimund in seinem Jahresbericht. Statt der anfänglich geplanten vier Seminarklassen musste das Angebot schon früh auf acht Klassen erweitert werden: um die ersten Absolventen habe man sich «in der guten alten Zeit des Lehrermangels» geradezu gerissen.
Dass die «Lehrerbildungsphase» der Mittelschule Freiamt so harmonisch verlaufen sei, habe viele Gründe: Der günstige Zeitpunkt der Schulgründung in einer Epoche der Hochkonjunktur und der Bildungseuphorie gehörten ebenso dazu wie die Reihe der Persönlichkeiten, die die Schule während der ersten Jahre ihres Bestehens geprägt hätten. Dazu gehöre aber auch die fast ausnahmslos sehr positive Einstellung der Schüler gegenüber ihrer Schule und ihrem künftigen Beruf, meint Rektor Grolimund weiter. Es sei erfreulich, dass sich diese Grundhaltung bei den Gymnasiasten der heutigen Kantonsschule fortsetze.

TI: Hochschulkonferenz zum Tessiner Hochschulzentrum

Das künftige Hochschulzentrum der italienischen Schweiz soll als schweizerische Hochschule anerkannt werden und damit Anrecht auf die im Hochschulförderungsgesetz vorgesehene finanzielle Unterstützung des Bundes erhalten. In diesem Sinn entschied die Schweizerische Hochschulkonferenz an ihrer letzten Sitzung in St. Gallen, an der auch der Vorsteher des Tessiner Erziehungsdepartements, Staatsrat Carlo Speziali, sowie der Delegierte der Tessiner Regierung für Hochschulfragen, Elio Ghirlanda, teilnahmen.

VD: Die Fünf-Tage-Woche in der Schule

soll im Kanton Waadt durch eine Initiative der kantonalen Elternvereinigung mit Unterstützung des kantonalen Primarlehrervereins erreicht werden.

Patient Schule – eine Zwischenbilanz *

Carlo Jenzer

1. Die Schule im Zwielicht

(Die Ordnung beim Beginn der Schule)

§ 36. Die Schule beginnt mit einem Gesang und Gebete . . . Während des Gebetes falten die Kinder die Hände. Nach Beendigung desselben setzen sich die Schüler nieder . . .

§ 37. Schüler, welche erst nach dem Glokkenschlage, während des Gesanges oder Gebetes kommen, müssen vor der Thüre warten. Wer noch später kommt, muss zur Strafe eine Zeitlang an der Thüre (im Innern des Schullocals) stehen bleiben.

§ 38. Damit jede Störung des Unterrichts unmöglich gemacht werde, hat der Lehrer vor Beginn des Unterrichts darauf zu halten:
a) dass alle Schüler anständig, gerade und in Reihen hintereinander sitzen, damit der Lehrer alle übersehen kann;
b) dass jedes Kind seine Hände geschlossen auf die Schultafel legt, damit alle Nekkereien und Spielereien auf der Tafel, alle ungehörigen und unsittlichen Beschäftigungen unter derselben unmöglich gemacht werden;

* Dieser und die nachfolgenden drei Beiträge sind die im Rahmen der Jahrestagung des CLEVS am 16./17. Juni gehaltenen Referate und Statements.